Eurobarometer-Umfrage: Weiterhin große Unterstützung für Ukraine- und Energiesicherungspolitik

Brussels, 22. Februar 2023

Aus der heute, fast ein Jahr nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine veröffentlichten Standard-Eurobarometer-Umfrage geht hervor, dass die EU-Bevölkerung nach wie vor solidarisch mit der Ukraine ist und die Hilfsmaßnahmen für das Land und seine Bevölkerung gutheißt.

Eine überwältigende Mehrheit ist auch für eine raschere Energiewende, und zwar durch Investitionen in erneuerbare Energien und weniger Abhängigkeit von russischer Energie.

Zwar bereitet die Inflation den EU-Bürgerinnen und -Bürgern weiter Sorge, doch tut dies der Zustimmung für den Euro keinen Abbruch.

Starker Rückhalt für Ukraine-Kurs der EU

Die Solidarität der EU-Bevölkerung mit der Ukraine ist ungebrochen. 91 % der Befragten befürworten die Bereitstellung humanitärer Hilfe und 88 % sprechen sich für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in der EU aus. Finanzielle Hilfe für die Ukraine finden 77 % und Wirtschaftssanktionen gegen die russische Regierung sowie gegen Unternehmen und Einzelpersonen 74 % der Befragten gut. Darüber hinaus ist weiterhin eine Mehrheit für die Abschaltung russischer Staatsmedien (67 %) sowie für die Lieferung militärischer Ausrüstung an die Ukraine (65 %).

Insgesamt zeigt sich ein Großteil der Europäerinnen und Europäer (56 %) mit den EU-Maßnahmen angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine zufrieden.

Genau wie letzten Sommer wünschen sich 77 % der Befragten eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik; 16 % sind dagegen. Zudem finden 80 %, dass sich die Mitgliedstaaten beim Ankauf von militärischem Gerät besser abstimmen sollten, und 69 % sind der Ansicht, dass mehr Rüstungsgüter in der EU hergestellt werden sollten.

Überwältigende Unterstützung für die Energiewende

Eine große Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger (84 %) ist der Ansicht, dass die EU dringend unabhängiger von russischen Energiequellen werden muss. Auch massive EU-Investitionen in erneuerbare Energien zur Förderung des grünen Wandels stoßen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung (86 %). Nach Meinung von 85 % der Befragten können wir unsere Abhängigkeit von Energieerzeugern außerhalb der EU durch mehr Energieeffizienz bei Gebäuden, Verkehr und Waren verringern. 82 % finden, dass die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam Energie aus anderen Ländern kaufen sollten, um einen besseren Preis zu erzielen. Außerdem gaben 81 % an, Maßnahmen zur Verringerung des eigenen Energieverbrauchs ergriffen zu haben.

Sorgen wegen Inflation und Wirtschaft, aber große Zustimmung für den Euro

Steigende Preise, Inflation und Lebenshaltungskosten sind für die Menschen in der EU das derzeit größte Problem (32 %, -2 Prozentpunkte), gefolgt von „internationaler Lage" (28 %, stabil) und „Energieversorgung" (26 %, -2 Prozentpunkte).

Die **wirtschaftliche Lage in Europa** wird seit Sommer 2022 unverändert von 40 % als „gut" und von 51 % als „schlecht" eingeschätzt. Ebenso wird die **nationale Wirtschaftslage** fast wie im Sommer 2022 von 35 % als „gut" und von 63 % als „schlecht" wahrgenommen.

Die **Zustimmungsrate für den Euro** verharrt EU-weit mit 71 % auf dem zweithöchsten je verzeichneten Stand und liegt im Euro-Raum sogar noch höher (79 %).

Darüber hinaus findet mehr als die Hälfte der Befragten (54 %), dass mit dem Aufbauplan **NextGenerationEU** wirksam auf die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen reagiert werden

kann. 63 % sind der Ansicht, dass mit EU-Geldern Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen geschaffen werden sollten.

Die Menschen sehen die Zukunft der EU weiterhin optimistisch

47 % der Bürgerinnen und Bürger **sprechen der EU ihr Vertrauen aus**, was im Fall der nationalen Regierungen nur für 32 % gilt. 45 % haben ein **positives Bild von der EU**, 36 % ein neutrales und 18 % ein negatives. 62 % sehen **die Zukunft der EU optimistisch** (3 Prozentpunkte weniger als im Sommer 2022, aber ähnlich wie im Februar 2022, also vor dem russischen Angriff auf die Ukraine).

Hintergrund

Die Eurobarometer-Umfrage „Winter 2022/2023 – Standard Eurobarometer" (EB 98) wurde vom 12. Januar bis zum 6. Februar 2023 in Form von persönlichen Befragungen und Online-Interviews durchgeführt. Insgesamt wurden in den 27 Mitgliedstaaten 26 468 EU-Bürgerinnen und -Bürger befragt. Informationen über Eurobarometer und alle Umfragen finden Sie auf der Website.

IP/23/1142

Kontakt für die Medien:

Quentin Cortes (+32 2 291 32 83)
Dana SPINANT (+32 2 299 01 50)

Kontakt für die Öffentlichkeit: Europe Direct – telefonisch unter 00 800 67 89 10 11 oder per E-Mail